IfW-Highlight

Und wer steuert? Der Einfluss der EU auf die institutionelle Entwicklung in Osteuropa

Der europäische Integrationsprozess tritt in dieser Dekade in eine neue Phase ein: Europa ist noch größer und noch heterogener geworden und muss dafür Abstriche bei den erreichbaren Zielen machen. Mit der 2007 vollzogenen Aufnahme von Rumänien und Bulgarien vergrößerte sich die EU auf nunmehr 27 Länder – und weitere Beitrittskandidaten stehen vor der Tür. Dabei sind bereits jetzt Schwierigkeiten bei der Umsetzung angestrebter Ziele erkennbar. Ein deutliches Signal hierfür war insbesondere das Scheitern der Ratifizierung einer europäischen Verfassung. Außerdem sind Bulgarien und Rumänien nur unter deutlichem Hinweis auf weiter bestehende institutionelle Defizite aufgenommen worden, und die deutsche Präsidentschaft wäre fast am Versuch gescheitert, zumindest effizientere Abstimmungsregeln zu vereinbaren. Somit ist für alle Länder in der Warteschlange klar: Die Latte, die man für einen Eintritt in die EU überspringen muss, liegt nun viel höher als früher.

Gleichzeitig legt die EU wert auf „gute“ Nachbarschaft – im Süden wie im Osten. Wie groß ist jedoch der Einfluss der EU, wenn eine Beitrittsperspektive für die Nachbarländer nicht gegeben ist? Dies ist Gegenstand der Untersuchung in einem von der EU im 6. Forschungsrahmenprogramm geförderten Projekt zur Europäischen Nachbarschaftsperspektive für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), das vom IfW gemeinsam mit dem Institut für Politikwissenschaft an der Universität Kiel durchgeführt wird.

Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass bei dem Versuch einer „Europäisierung“ der Nachbarländer mehr als im Beitrittsprozess selbst auf treibende Kräfte im Land und auf deren Verstärkung gesetzt werden muss. Dabei werden drei Punkte deutlich: (1) Der Weg zur Harmonisierung der institutionellen Entwicklung ist noch weit. (2) Deutliche Schwankungen bei der institutionellen Entwicklung in den Transformationsländern zeigen ein Potenzial für einen positiven Einfluss der EU auf. (3) Schwächere Anreize müssen jedoch noch genauer dosiert werden, um wirken zu können.

AUTOREN PORTRÄT

Dr. Rainer Schweickert

Präsidium

Forschungsbereiche
Wissensakkumulation und Wachstum
Geldpolitik in unvollkommenen Märkten
Armutsminderung, Verteilung und Entwicklung

Telefon (0431) 8814-494
E-Mail rainer.schweickert@ifw-kiel.de

Expertise

Gegenwärtige Forschungsschwerpunkte
- Geld- und Wechselkurspolitik in Entwicklungs- und Schwellenländern
- Determinanten und Wirkungen des realen Wechselkurses
- Erweiterung der Europäischen Union

Weitere Expertise
- Makroökonomisches Gleichgewicht im Entwicklungsprozeß

Der Vergleich zwischen den baltischen Staaten und den neuen Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien zeigt, dass der Stand der institutionellen Entwicklung um die EU herum wellenförmig abnimmt. Die Länder, die den europäischen Kernländern am nächsten sind, treiben intensiveren Handel mit diesen und sind institutionell am besten entwickelt. Dagegen zeigt sich jedoch keine eindeutige Beziehung zwischen „guter Politik“ (Öffnung nach außen, Wettbewerb nach innen) und leistungsfähigen Institutionen. Insbesondere in einigen GUS-Ländern folgt die institutionelle Entwicklung einer eigenen Dynamik. Belegt wird dies durch den Verlauf des Index für ökonomische Freiheit vor und nach den Revolutionen in Georgien, der Ukraine und Kirgistan. In allen diesen Ländern wurden

durch die Revolution zunächst bessere Institutionen geschaffen. Dem guten Anfang folgte bisher jedoch stets ein Ermüdungsprozess, den es nun zu überwinden gilt.

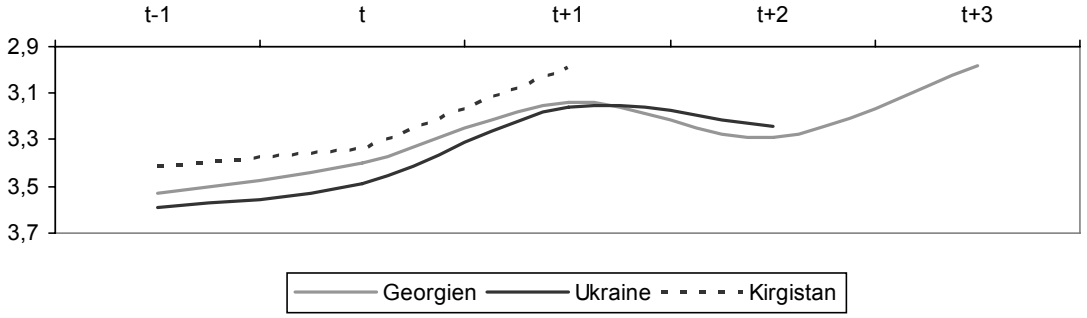
So befindet sich die Ukraine etwa inmitten einer solchen Phase der Ermüdung. Die Revolution wurde zwar noch von den wichtigsten wirtschaftlichen Clans des Landes befürwortet – in der Terminologie von Mancur Olson, Autor des Buches „The Rise and Decline of Nations“, wurden aus umherziehenden nun stationäre Banditen, die mit guten Institutionen ihr „erworbenes“ Eigentum schützen wollten. Denn dieses drohte durch den Globalisierungsprozess und die Währungskrise abzuschmelzen. Die Unterstützung der demokratischen Kräfte erschien da als das kleinere Übel. Seither jedoch lähmt der Machtkampf zwischen den wichtigsten Kräften die Politik in der Ukraine. Genau hier muss die Europäische Nachbarschaftspolitik mit ihren beschränkten Mitteln ansetzen, um die Nachfrage nach guten Institutionen im Lande selbst zu stützen. Den Anwärterstaaten von „oben herab“ den Beitritt zur EU als Belohnung vor die Nase zu halten, kann den institutionellen Wandel in den Nachbarländern nicht wirksam vorantreiben.

Bei dem von der EU geförderten Projekt sollen neben Länderanalysen zu Russland, der Ukraine, Georgien und Aserbaidschan auch ökonometrische Untersuchungen eingesetzt werden, um das Potenzial zur „Europäisierung“ unserer östlichen Nachbarn im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik aufzuzeigen.

Weiterführende Literatur

Afanasyeva, Elena, Felix Hammermann und Rainer Schweickert (2007). From a Soviet Past to a European Future? Political and Economic Developments in Ukraine. *International Journal of Economics*, erscheint demnächst.

Index der ökonomischen Freiheit[a] in Georgien, der Ukraine und Kirgistan vor und nach den Revolutionen



[a] Heritage Foundation. – Kleinere Werte zeigen größere ökonomische Freiheit an.

Quelle: Afanasyeva et al. (2007).